



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.
1886-1916
110 (1900)**

48 (29.1.1900) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-81508](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-81508)

General-Anzeiger



Telegraphen-Adressen:
„Journal Mannheim.“
In der Postkammer unter
Nr. 2958.
Abonnement:
60 Pfg. monatlich.
Eingelohn 20 Pfg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Postauf-
schlag M. 2.30 pro Quartal.
Inserate:
Die Colonel-Zeile 20 Pfg.
Die Reklamen-Zeile 60 Pfg.
Einzel-Annunzier 3 Pfg.
Doppel-Annunzier 5 Pfg.

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Mannheimer Journal.

(110. Jahrgang.)

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

E 6, 2

Verantwortlich für Inhalt:
Dr. Paul Darnst.
für Theater, Kunst u. Belletristik:
Dr. Friedrich Walter.
für den Lokalteil und Sport: Carl
Waller.
für den Anzeigenteil:
Carl Wolf.
Redaktions- und Verlag der
Dr. P. Darnst'schen Buch-
druckerei, (alte Mannheimer
Typographie Kallst.)
(Das „Mannheimer Journal“
ist Eigentum des katholischen
Bürgervereins.)
Königlich in Mannheim.

Nr. 48 (Abendblatt)

Montag, 29. Januar 1900.

(Telephon Nr. 218.)

Das englische Parlament

trifft morgen wieder zusammen. Unter so trüben Zeichen wie diesmal hat es lange nicht mehr getagt. Die Regierung hatte wohl gehofft, vorher noch mit einer Siegesnachricht aufwarten zu können. Statt dessen ist die Lage auf dem Kriegsschauplatz, durch Warrens Rückzug auf die Südseite des Tugela, geradezu trostlos geworden. Wenn man nicht Frieden schließen will, was soll dann werden? Die Buren sind ja so freundlich — sie selbst werden am besten wissen warum — nicht angriffsweise gegen die Engländer vorzugehen und ihnen dadurch völlig zerschmetternde Niederlagen zu ersparen. Vielleicht lassen sie ihnen also auch die Zeit, ihr zerklüftetes Heer zu organisieren und einen ganz neuen Feldzug zu beginnen. Das würde nach Kitchener's Schätzung mindestens ein Jahr dauern. Kann sich England auf eine so lange Frist binden, ohne seine Weltmachtstellung zu gefährden? Das ist die wichtige Frage, die das Parlament zu beantworten haben wird, die Bewilligung eines neuen Kriegskredits von 400 Millionen Mark oder mehr tritt dagegen in den Hintergrund. Die Weltlage sieht nicht darnach aus, als würde England Ruhe haben, in aller Ruhe und Bequemlichkeit seine Fehler auszubessern. Zu dem russischen Vorstoß gegen Afghanistan sind bereits innere Unruhen in China getreten, die Englands thätige Teilnahme im höchsten Grade erfordern. Was für Verwickelungen können binnen Jahresfrist nicht noch hinzutreten! Es handelt sich für England also darum, ob es seine Weltmachtstellung an all den Punkten, wo sie bedroht ist und bedroht werden kann, verteidigen und nebenher noch den Transvaalkrieg führen will. Es ist kaum anzunehmen, das Parlament werde auf diese folgenschwere Frage alsbald mit einem klaren Ja oder Nein antworten. Man wird wohl zunächst eine Weile so fortfahren, wie die Regierung kürzlich noch einen besonders ergiebigen Stoff geliefert hat, indem sie die eingelaufenen Gesechtsberichte der Generale endlich veröffentlichte. Denn darin stehen recht erdärmliche Dinge. White schreibt, er habe Glencoe und Dundee aufgeben und seine Streitkräfte gleich Anfangs um Ladysmith zusammenziehen wollen, was jedenfalls das Richtige gewesen wäre. Der Gouverneur von Natal habe ihn aber aus politischen Rücksichten gedrängt, jene verlorenen Posten zu verteidigen, was dann mit schweren Verlusten erfolglos versucht wurde. Damit ist Balfours pompöse Behauptung zugenügt, Niemand habe je versucht, den Generalen ins Handwerg zu pfuschen. Buller leistet sich unter'm 28. Dezember in voller Gemütsruhe den Satz: „Ich nehme an, unsere Offiziere werden mit der Zeit den Wert des Aufklärungsbediensteten erkennen, aber bisher scheint unsere Mannschaft jedenfalls blind mitten in den Feind zu laufen und diesem Vorgehen entsprechende Verluste zu erleiden.“ Dazu bemerkt die „Times“ in ihrem Zorn, nicht eben mit Unrecht: „Das ist eine Bemerkung, die allenfalls ein fremder Militär-Artist bei den Manövern schreiben könnte, daß aber der britische Oberkommandant sie so beiläufig hinwirft, und obendrein zwei Wochen nach Verlust unserer Kanonen bei Colenso, das ist mehr als erstaunlich.“ Lord Methuen sagt in seinem Berichte an einer Stelle ganz vergnügt, er sei froh verwundet worden zu sein, denn „nur so“ habe er sehen können, wie vorzüglich der Spitaldienst sei! Die Opposition wird

nicht verfehlen, den Balfour, Chamberlain und Landsdown diese und noch andere Dinge recht eindringlich zu Gemüte zu führen. Vielleicht werden auch ein paar Sündenböcke geschlachtet; ob aber die Zeit für ein Cabinet Rosebery schon reif ist, wie manche meinen, ist zweifelhaft.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 29. Januar.

Zur Wahlreform in Baden

hat die nationalliberale Fraktion des Landtags, wie wir im Mitteilungsblatt aus Karlsruhe berichteten, Stellung genommen. Falls diese Mitteilung, von übrigens zuverlässiger Seite, sich bestätigt, würde die Fraktion empfehlen, zu 63 nach allgemeinem, gleichem und direktem Verfahren gewählten Abgeordneten noch 7 hinzuzufügen, die von fünf Bürgerausschüssen gewählt werden sollen. Wir können nicht behaupten, daß wir von dieser Lösung gerade entzückt wären. Wir sehen bei politischen Maßnahmen gern die Gründe, die sie als notwendig, nützlich, oder doch empfehlenswert erscheinen lassen. Wir können es verstehen, warum die Regierung von 75 Abgeordneten ein Drittel auf indirektem Wege wählen lassen. Ist's auch nicht gerade notwendig, so ist's doch unter Umständen nützlich — für die Regierung. Welche politischen, sozialen oder wirtschaftlichen Erwägungen aber dazu führen, von 70 Abgeordneten gerade 7 für die indirekte Wahl auszuheben, vermögen wir nicht einzusehen. Verfiel man auf die 7 etwa, weil sie von altersher eine heilige Zahl ist? Leider ist dem modernen Menschen so wenig mehr heilig! Und das Heil gegen die Gleichmacherei des direkten Wahlrechts sucht der moderne Politiker nicht mehr in Wahlfürtheit und Wahlkreisgeometrie; solchen Anschauungen huldigt man nur mehr im dunkelsten Deutschland, das der Verehrung Johannes von Miquels untersteht. Anderswo erörtert man längst Verhältnißwahl und Mehrstimmrecht und Wahlpflicht, als organische Fortbildungen des Wahlrechtes im Sinne der verhängenden Forderung, man solle die Stimmen nicht nur zählen, sondern auch wägen. So ist für die Wahlpflicht, die wir als die nächstliegende und notwendigste Ergänzung des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes bezeichnen hatten, mit besonderem Nachdruck kürzlich auch die „Heidelberger Zeitung“ eingetreten. Hoffentlich wächelt der Kreis Dezer, die diese gerade für das Bürgerthum so bedeutsame Forderung aufnehmen. Denn darüber läßt sich doch mit Gründen und Gegengründen streiten; an die wohlthätigen Wirkungen der Anwesenheit von 7 Jurdirekten unter 63 Direkten kann man nur glauben. Ob die Wähler des Gedanken aber selbst daran glauben? Der Gedanke hat nämlich eine verhängliche Nebenwirkung mit dem Vermittlungsvorschlage der norddeutschen Nationalliberalen zur Justizhausvorlage; zu einer Regierungsvorlage darf man doch nicht ganz rein sagen! Was freilich die unangenehme Folge hat, daß man auf vollständige Forderungen nur selten ganz Ja sagen kann. Hat denn aber die nationalliberale Partei im Norden und Süden wirklich nur noch den Beruf, aus unpopulären Regierungsvorlagen sogenannte „berechtigte Kerne“ herauszuschälen?

Das Gerächel der Senatwähler

in Frankreich wird erst dann genauer zu würdigen sein, wenn die Verschiebungen im Bestände der Parteien im Einzelnen bekannt

sind. Wie immer nach einer Wahlschlacht, schreiben sich beide Gegner den Sieg zu. Im großen Ganzen wird man dem Figaro Recht geben müssen, daß sich nicht viel geändert habe, besonders wenn man bedenkt, daß nur ein Drittel der Senatoren zur Neuwahl stand. Doch ist ein örtlicher Erfolg der Nationalisten nicht wegzuleugnen, der sich am Deutlichsten in der Wahl des Generals Mercier kundgibt. Ueber den Empfang, der ihm in Nantes geworden, lauten die Berichte widersprechend. Nach den einen ist des Jubels und der Verehrung für den wackeren Soldaten und Patrioten kein Ende, während er nach den anderen im Laufe des Banketts, das ihm zu Ehren veranstaltet war, Rufe wie „Conspuez Mercier“ und „Nieder mit dem Soldatenmörder!“ zu hören bekam. Das Letztere wird wohl richtiger sein, da zwei feindliche Schaaften, die vor dem Bankettsaale gelärmt hatten, ins Handgemenge gerieten und durch Gendarmenpatrouillen getrennt werden mußten. Auch von konservativer Seite wird übrigens gegen die Wahl Mercier's Protest erhoben, nämlich durch ein Rundschreiben des katholischen Komitees für die Verteidigung des Rechts, worin ausgeführt wird, General Mercier habe sich so schwere Verbrechen im Amte zu Schulden kommen lassen, daß seine gerichtliche Verfolgung von der Regierung beantragt wurde. Da dieser Handel noch nicht erledigt sei, schließt der Mahner, so dürfe der Kandidat nicht die Voire-Insécriere im Senat vertreten. Das wird er nun aber doch thun, und darin liegt ein Beweis, daß die Gegenätze des Dreyfus-Handels keineswegs ausgeräuchert, sondern nur vorübergehend bei Seite gesetzt sind. Befehlt ist Niemand, das jetzt Mercier's Wahl klipp und klar, und nach der Ausfertigung kann der verhängnisvolle Tanz wieder losgehen.

Hohenlohes Mehrheit.

(Original-Bericht des „General-Anzeigers“.)

Berlin, 27. Jan.

In den Parlamenten sind wieder einmal stille Tage. Der agrarische Born ist nicht etwa verdraucht; aber er hat sich doch unterschiedliche Male gründlich ausgetobt und dem Bedürfnis nach gelegentlichen kleinen Mißfallsbezeugungen genügen schon die Debatten, die man zur Zeit mit Liebe und Ausdauer zum Etat des preussischen Landwirtschaftsministeriums pflegt. Der Reichstag aber ist verdröht. Der „große Tag“ der Interpellation, zu dem man mit Pauken und Trompeten rief, huschte vorüber wie ein verunglücktes Schattenspiel; dann fuhr die Mehrzahl heim und überließ es dem Häuflein Berufsparlamentarier und beschäftigungsloser Rentner sich im engen Kreise nach Belieben über die Reform der Unfallversicherung und die weit schwierigeren der öffentlichen Sittlichkeit auszusprechen, die die loxolänge verheißt, aber sicher nie bringen wird. Wer will, mag in diesen stillen Tagen verschmausen; lange darf die Kost ja doch nicht währen; mitten- inne in die müde Werttagstimmung schiebt sich schon die große Frage der Zukunft: was wird mit der Klotzendorlage? Ja, was wird mit ihr? Fürst Hohenlohe hat in einem der formlich ernsthaften Entschuldigungsschreiben, durch die er den Konservativen in der „Berl. Corresp.“ zu Gemüthe führen läßt, daß er im Grunde ein seelensguter Kerl sei und sie ihn schmähtlich mißverstünden, legihin „mit Befriedigung“ die Thatsachen verzeichnet, daß „den Angriffen auf seine Politik die Zustimmung der Mehrheit verweigert blieb“. Das ist richtig. Dieser selbe Fürst

Die Vorgeschichte des neuesten Staatsstreiks in China.

Das Geheimniß der „purpurnen verbotenen Stadt“ von Peking, der Residenz des chinesischen Kaisers, ist noch immer nicht gelüftet. Aus den Depechen geht mit aller Bestimmtheit hervor, daß der Kaiser Kwangsu zum Rücktritt gezwungen worden ist, daß dieser am Neujahrstage vollzogen werden soll, und daß nach dem Willen der Kaiserin-Regentin der Prinz Pu-sing, ein Sohn des Prinzen Tuan, den Thron besteigen wird. Andere aus Shanghai eingelaufene Nachrichten melden aber, daß Kaiser Kwangsu tod sei, ein Opfer eines mörderischen Mordanschlags, dem eine Palastrevolution vorausging; eine andere Version berichtet von einem Selbstmorde des nominellen Alleinherrschers über 400 Mill. Menschen. Es wird wohl noch einige Zeit verstreichen, ehe man Authentisches über Tod oder Leben Kwangsu's erfährt. Von den Details der jüngsten Vorgänge in der Peking'schen Kaiserstadt wird wohl nie der Schreiber vollständig fortgezogen werden; das Eine ist nur sicher, daß sich gegenwärtig China in einer schweren Krisis befindet, eine jener geheimnißvollen Palastintrigen durchzumachen hat, die in den letzten Jahren so häufig waren und in denen die Feinde innerer und äußerer Politik sich beinahe unentwärtbar verwickeln.

Man muß, schreibt das „N. Wiener Tagebl.“, ziemlich weit zurückgreifen in der Geschichte Chinas, um die letzten Vorgänge einigermaßen zu verstehen. Als im Sommer des Jahres 1861 Frankreich und England bereit den ersten großen Schlag gegen die Chinesen führten und die plündernden Truppen des späteren Herzogs von Palao in die kaiserliche Residenz eindrangen, floh der Kaiser Hien-sung in das Innere seines Reiches; er starb am 22. August mit Hinterlassung der kinderlosen Kaiserin-Wittve und einer Nebenfrau, welche ihm einen Sohn geschenkt hatte, den der sterbende Monarch zu seinem Thronfolger bestimmte. Unter dem Namen Tschuan-tschih wurde das Kind zum Kaiser proklamirt, während die Kaiserin-Wittve, ferner seine Mutter, zwei Prinzen und ein Mandarin die Regentschaft übernahmen. Beglückt von ihrem Schwager Prinzen Kung, einem Vizekönig

ihrer Schönheit und ihres Geistes, verstand es die Kaiserin-Mutter Tschuh-tschih während der Regentschaftzeit alle Macht an sich zu reißen und diese heute 65jährige Frau ist, wie Kenner Ostasiens berichten, noch immer der „einzige Mann in China“.

Romantisches Dunkel herrscht über der Jugendgeschichte dieser Frau, die seit nun nahezu 40 Jahren sich in ihrer Wächterstellung zu behaupten verstanden hat. Es wird erzählt — doch ist eine Kontrolle dieser Erzählungen sehr schwer möglich — daß Tschuh-tschih am 17. Nov. 1834 in einem kleinen Dorfe der Provinz Kwantung als Tochter eines armen Feldbauers geboren wurde und schon nach der bekannnten chinesischen Sitte als überflüssige Last erkannt werden sollte, als sich eine mittelbare Nachbarin des Kindes erbarmte. Auch die Adoptiveltern verfielen in Armut und verkauften das Kind als Skavin an einen hohen Regierungsbeamten. Das damals neunjährige Mädchen gefiel dem Statthalter der Provinz und er erpand es als Dienerin für seine Frau, die dem schönen, anmuthigen und großzügigen Kinde eine sorgfältige Erziehung angedeihen ließ. Vom Vierzehnten später an den Peking'schen Hof gebracht, wurde die schöne Tschuh-tschih vom Kaiser zur Nebengemahlin ertoren und sie wußte bald die volle Gunst des Herrschers zu erlangen. Als ihr Sohn, der Kaiser Tschuan-tschih großjährig geworden war, war der Einfluß seiner Mutter kein geringerer, als während der Regentschaft. Der junge Kaiser ergab sich den ärgsten Ausschweifungen und starb am 12. Januar 1875. Seine Mutter arrangierte in der nächsten Nacht einen Staatsstreich, durch den der erst vierjährige Kwangsu zum Kaiser erhoben wurde. Der älteste Sohn des Prinzen Kung war der berechtigte Thronerbe. Aber der Tod des Kaisers wurde durch mehrere Stunden gefangenhalten. Kaiserin Tschuh-tschih ließ den kleinen Kwangsu, den Sohn einer ihrer Schwestern und eines Prinzen vierten Ranges, nachts heimlich aus dem Bette holen und in das Bett des eben verstorbenen Kaisers legen, rief die ihr ergebenen Garden und Mandarinen zusammen und ließ dem Kinde huldigen. Am nächsten Morgen gab die Staatszeitung den Tod des Kaisers bekannt, mit dem Hinzufügen, er habe auf dem Leihbette Kwangsu als seinen Nachfolger bestimmt. Tschuh-tschih, die Wittve des verstorbenen Kaisers, deren Zustand vielleicht einen Thronerben erwarten ließ, starb kurz darauf, wie man behauptet, vergiftet.

Zwischen dem Prinzen Kung und der Kaiserin-Regentin entstand nun eine begreifliche Spannung, die ihren äußeren Ausdruck darin fand, daß der Vizekönig der Provinz Tschih, der bekannte Li-hung-shang, der erste Berater der Kaiserin-Mutter wurde. Dem Schein nach blieb Prinz Kung in Amt und Würde, bis sich im Jahre 1884 ein Anlaß fand, den Jugendfreund und Verschworenen der Regentin ungeschädlich zu machen.

Während nun Tschuh-tschih mit eiserner Hand die Fäden der Regentschaft führte — sie hatte bei ihren beiden bisherigen Staatsstreichern und auch während der beiden Regentschaften ausgeübten Gebrauchs von Hinrichtungen gemacht — wurde eifrig an der Erziehung des jugendlichen Kaisers gearbeitet. Das astronomische Amt hatte den 14. Mai 1876 als den glücklichsten Tag für den Beginn des Unterrichts festgesetzt, und an diesem Tage erschien der kleine Kwangsu — so berichtet der bekannte Reisechriftsteller Ernst von Hesse-Warlegg — von seinem Vater geführt, zum ersten Male im Schulzimmer, wo ihn die gelehrten Männer, die bestimmt waren, ihm „angemessene und zweckmäßige Lehren“ zu erteilen, auf den Knien, Gebete murmelnd, erwarteten. Kwangsu überreichte ihnen ein Handschreiben, worin er sie bat, ihn in der Weisheit zu unterrichten; damit begann die Studienzeit des Kaisers, die ohne Unterbrechung bis zu seiner Verheiratung, das heißt bis zu seinem 15. Lebensjahre, dauerte.

Wie Alles im Leben des Beherrschers Chinas, so ist auch das Erziehungsprogramm für ihn auf das minutiöseste festgesetzt. Schon zwischen 3 und 4 Uhr Morgens beginnen die Lektionen in chinesischer Sprache und Literatur, dann folgen mandchurische und mongolische Stunden. Ferner Unterricht in verschiedenen chinesischen Dialecten, Reiten, Turnen, Fechten, Vogelzucht. Nur kurze Unterbrechungen sind für die Mahlzeiten vorgesehen und mit Sonnenuntergang muß der kaiserliche Knabe ins Bett, um am nächsten Tage wieder dasselbe Studienprogramm zu befolgen. Wie an den europäischen Höfen einer vergangenen Zeit, so ist auch am chinesischen Hof die Institution eines Prügelknaben vorhanden; der „Galauchse“ — so heißt in Peking der kaiserliche Prügelknabe — muß alle die Fassen und Stockschläge auf sich nehmen, die eventuell dem kaiserlichen Jüngling für schlechte Ausführung oder mangelhaften Fleiß von seinem Lehrer diktirt werden.

Hohenlohe, der noch zu Anfang November allen Parteien, aber auch allen, als der bebauerntwerthe Jäger galt, von dem man keinen Widerstand gegen verderbliche Strömungen erwarten durfte, hatte ein paar Wochen später zu der persönlichen Schätzung, die er immer genoss, sich auch die politische erworben. Man entdeckte an ihm plötzlich eine eigene Rots und große Parteilosigkeit wie gesagt, die Mehrheit — säumten nicht, ihm wiederholt und mit dem denkbar größten Nachdruck ihr Vertrauen zu bezeugen. Das war ohne Frage ein bedeutsamer politischer Erfolg und wer uns da noch von Preisgabe der Würde und des Ansehens der Regierung redet, der ist entweder — wie die Konservativen seit ihrem Konflikt mit der Regierung — auch mit der Logik in Konflikt geraten oder er hat — wie einzelne von ihnen — nie einen Versuch zu verlieren gehabt. Der kräftigen Männer, die der Osten des Vaterlandes in die Parlamente entsendet, liebtes Argument ist von jeher das breite, bröhnende Gelächter gewesen. Die haben allemal heldenhaft gebrüllt, so oft ihnen etwas nicht gefiel und daß sie neuerdings auch dem Achtzigjährigen die Gewalt ihrer Zungen spüren ließen, war zwar reichlich rücksichtslos, aber im Grunde nur auf konservative Art und Herkommen. Im Uebrigen aber muß man doch sagen: nie, in den ganzen sechs Jahren nicht, da Fürst Hohenlohe die unerbetene Würde der Kanzlerschaft auf seinen schmalen Schultern trägt, ist er bei den Parteien so angefahren gewesen, hat er seinen Platz mit verhältnismäßig so viel Würde auszufüllen vermocht als jetzt, wo man etwas wie eine eigene Willensmeinung an ihm zu erkennen glaubt; wo er nicht nur mit mildem Tonfall matte, schablonenhafte Erklärungen vorlas, sondern gelegentlich auch mit Bemerkungen von durchaus persönlicher Prägung seinen Widersachern begnete. Also — für seine Reichspolitik hat Fürst Hohenlohe die Mehrheit. Seit er's gesehen ließ, daß man die Zuchthausvorlage mit froher Hast in die kühle Novembererde senkte; seit er ihren Lobengrößen dann unermüdet das „kleine Geschenk“ machte, das eigentlich längst fällig und am Ende auch kein Geschenk war, besitz er eine feste gestützte Mehrheit, die ihn beinahe wie eine politische Potenz bewundert und ohne Frage entschlossen ist, ihn in seiner inneren Politik zu unterstützen. Darüber ist gar nicht zu streiten. Zweifelhaft ist nur, wie weit die Unterstützung geht und ob das Gefühl nicht doch auseinanderfällt, sobald Mehrfragen die einigen Gemüther zu scheiden beginnen. Die Schreibübungen der Zentrumspreffe braucht man in diesem Zusammenhang nicht allzu ernsthaft zu nehmen; gerade beim Zentrum pflegt das Leitmotiv, das die Blätter anschlagen und weitergeben, hinterher im Parlament oft überhaupt nicht wiederzuerheben. Und im Reichstage herrscht keine Konfliktlust; soviel steht fest. Nicht beim Zentrum, das man ja auch sonst der Neigung zu Handelsgeschäften geht; aber auch nicht beim unentwegten männlichen Freisinn, von dem sich einzelne gemüthliche Männer sogar erheblich für die Flottensache interessieren sollen. Es weht im großen Ganzen ein günstiger, nicht unfreundlicher Wind, der — wenn sich nicht Zwischenfälle ereignen — zum völkerverbindenden, völkervereinigenden Meer führen muß. Freilich Zwischenfälle sind nicht ausgeschlossen; auch im Vorjahre wählte man die Militärvorlage schon im sicheren Vort, als über Nacht die bekannten Complicationen eintraten, die sie beinahe zum Scheitern gebracht hätten. Aber derlei Erwägungen gehören in den Bereich der vom Dach fallenden Fingerringe und der wohllos stehenden Blitze. Auch in der Politik läßt sich nicht Alles bis aufs Fingerringe vorhersehen; man muß sich schon begnügen mit dem bloß Wahrscheinlichen zu rechnen. Und da spricht die größere Wahrscheinlichkeit doch dafür, daß Fürst Hohenlohe mit seiner neuen Mehrheit die Flottenverstärkung zu Stande bringt. Hätte er sich die Mehrheit nicht erst geschaffen, daß Schicksal der Vorlage wäre — wenigstens in diesem Reichstage — von vornherein aussichtslos gewesen.

Deutsches Reich.

o. Berlin, 28. Jan. (Zur Deckung der Flottenkosten.) Die natürliche Schwäche der Flottenvorlage besteht darin, daß Niemand im Stande ist, mit gleicher Sicherheit, wie sich für diese 16 Jahre die Mehraufwendungen für die Flotte feststellen lassen, zahlenmäßig darzutun, in welchem Umfang in derselben Zeit der Wohlstand der Bevölkerung wirklich wachsen wird, und vor Allem die eigenen Einnahmen des Reiches. Deshalb beschränkt sich die Begründung darauf, die Deckungsfrage damit zu beantworten, die bisherige Entwicklung der Reichsfinanzen lasse erwarten; daß sich die jährliche Steigerung der Ausgaben für Marinezwecke ohne neue Steuern decken lasse. Zieht man die 16 Jahre zum Vergleich heran, die vor der Zeit liegen, in der erstlich an eine bessere Rüstung des Reiches zur See gedacht werden mußte, dann ist die Annahme, daß die ordentlichen Mehreinnahmen ausreichen werden, nicht von der Hand zu weisen, wie folgende Stichproben aus den Haupteinnahmen nach Maßgabe des Etats beweisen:

	1885	1900
Zölle und Verbrauchssteuer	368 Mill. Mk.	742 Mill. Mk.
Stempelabgaben	22	62
Post (Uberschuß)	27	47
Reichsdruckerei	1,1	1,8
Eisenbahnen	2,1	9,8

Unter diesen Umständen, da der Geburtenüberschuß jährlich mehr als 800 000 Köpfe beträgt, ist anzunehmen, daß reichlich eine Steigerung der Einnahmen in den 16 Jahren des Flotten-

Jan. 1888, ein Jahr vor seiner Verheiratung, wurde dem Kaiser eine „Fut“ gegeben, ein vornehm-manchurisches Mädchen von 15 Jahren, dem das Ehrenamt zuteil wurde, ihn für die Ehe vorzubereiten. Im Oktober 1889 vermählte sich der Kaiser mit Pchjo-na-li, einer Tochter des stellvertretenden Bannergenerals Kwei-fang, welche aus nicht weniger als 1500 Kandidatinnen lauter Töchtern von prinzipalen Geschlechtern des Mandchuwolkes, die das Privilegium haben, den Kaiser mit Gemahlinnen zu versehen, ausgewählt worden war. Die Wahl einer Kaiserin ist eine Ceremonie, die der Kaiser selbst vorzunehmen hat. An dem dafür bestimmten Tage zieht durch das Lager der Peking-Strassen eine lange Prozession von verheirateten Bediensteten, in denen die Wandschauptingen mit ihren Ehemännern, die sie dem Kaiser vorführen, sind. Durch das Nordtor der Kaiserstadt werden die Heiratskandidatinnen in den inneren Hofraum geführt. Kurz darauf erscheint der Kaiser, an seiner Seite die Regentin-Mutter, mit einem großen Gefolge von Eunuchen. Von höheren Ämtern, die auf einem Tische liegen, läßt der Kaiser Namen und Familien jeder der Prinzessinnen ab, die beim Namensaufruf, begleitet von ihrem Vater und dem Gouverneur ihrer Provinz, durch einige Eunuchen dem Kaiser vorgeführt wird. Der Kaiser spricht mit ihr und mit ihren Begleitern, zieht über ihre Person Erkundigungen ein und die Toilette der jungen Dame gibt ihm Gelegenheit, sich auch ein Urtheil über die Vorfänge ihrer Erscheinung zu bilden. Es sei hier bemerkt, daß die Mandchus nicht die abstrahlende Güte der Chinesen angenommen haben, die früher ihrer Tochter zu verheirathen. Gefällt die Kandidatin dem Kaiser nicht, so wirft er das Namenszettelchen in

gefeßes eintreten wird, die die gedachten Mehrkosten ohne neue Steuern decken läßt. Es kommt hinzu, daß der größte Theil der Einnahmen in den ersten dreißig Jahren des Reiches beansprucht wurde, durch die fortbauenden Ausgaben für die Marine, die in den gedachten 16 Jahren nach dem Etat gemachten sind von 283,8 Mill. auf 514 Mill. Nach Maßgabe der Verhältnisse, die für die Verstärkung des Landheeres in Betracht kommen, ist nicht anzunehmen, daß die 16 Jahre, mit denen die Flotten-novelle rechnet, auch nur entfernt eine ähnliche Steigerung der Heeresausgaben notwendig machen werden.

Frankreich.

p. Paris, 28. Jan. (Der Streit der Zimmerleute) auf den Bauplänen der Weltausstellung nimmt seinen Fortgang. Nach den Streikenden, welche am Sonnabend Nachmittag auf der Arbeitsbörse Beschlüsse faßten, wären ihrer fünfzehn- bis siebzehnhundert, nach den Arbeitgebern nicht einmal halb so viel. Thatsächlich sollen gegenwärtig nur fünf- bis siebzehnhundert Zimmerleute auf dem Ausstellungsgelände beschäftigt sein, und von diesen seien nur etwa zweihundert und fünfzig streikend, während die Anderen zu arbeiten wünschen. Manche der Zimmerleute, die sich auf der Arbeitsbörse an den Verhandlungen betheiligten, sollen niemals für die Ausstellung gearbeitet haben, und auch unter den Streikenden, welche gestern vor der Maschinenhalle mit der Polizei ins Handgemeine geriethen, wobei ein Schuttmann durch einen Steinwurf und ein Arbeiter durch einen Säbelhieb verwundet wurden, befanden sich Viele, die nicht dort hingehörten. Eine Delegation von Zimmerleuten sprach gestern während ihre Kameraden auf der Arbeitsbörse waren, bei dem Polizeipräsidenten Lepine vor und bat um dem Schuß der Polizei, um heute ungehindert arbeiten zu können. Doch macht man sich auf weitere Zwischenfälle gefaßt. Die Führer wissen wohl, daß keine Minute mehr verdröbelt werden darf, wenn die Ausstellung zu der festgesetzten Zeit eröffnet werden soll, und darauf stützen sie ihre übertriebenen Forderungen.

Aus Stadt und Land.

Wannheim, 29. Januar 1900.

Telephonisches. Die neu errichtete Stadt-Herrensprech-einrichtung in Weisenburg (Elsas) und die Umfahrröhre in S. L. u. M. sind zum Sprecheverkehr mit Raanheim zugelassen. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch von 3 Minuten Dauer beträgt 1 M.

Landgerichtspräsident Reinhold Baumgart. Dente Vor-mittag ist der Präsident des hiesigen Landgerichts, Reinhold Baumgart gestorben. Der Verbliebene lag schon seit längerer Zeit krank darnieder, doch ist sein Tod ziemlich unerwartet und rasch eingetreten. Reinhold Baumgart bildete in den früheren Jahren eine der markantesten Erscheinungen des politischen Lebens Badens. Er ist im Jahre 1831 geboren, wurde 1852 Rechtspraktikant, 1854 Referendar und 1857 Amtsdirektor in Triberg, kam in gleicher Eigenschaft im Jahre 1861 nach Tübingen, wurde 1864 als Kreisgerichtsrath nach Konstanz versetzt, 1877 Mitglied des Appellationsfenats, 1878 infolge Krankheit in den Ruhestand versetzt, 1880 reaktiviert und zum Oberamtsrichter in Achern ernannt, 1884 kam er als Landgerichtsrath nach Freiburg, 1889 als Landgerichtsdirektor nach Mannheim und 1891 in gleicher Eigenschaft nach Freiburg, von wo er 1895 als Landgerichtspräsident nach Waldshut versetzt wurde. Schon bald darauf kehrte er nach Mannheim zurück, um an die Stelle des verstorbenen Landgerichtspräsidenten Anton Wassermann zu treten. Es war ihm leider nicht vergönnt, das Amt des höchsten Richters in Mannheim lange begleiten zu können. Reinhold Baumgart wurde im protestantischen Glauben erzogen, trat aber im Jahre 1869 nach Veröffentlichung der Schrift „Gebanten eines Protestanten über die päpstliche Einlabung zur Wiedervereinigung mit der römisch-katholischen Kirche“, die im Jahre 1868 in Regensburg erschien, zum Katholizismus über. Die Aufstellungen, die er in Folge seiner reichsfeindlichen Haltung seitens des Ultramontanismus erfuhr, erzählt er in seiner Schrift „Plus ultra“, die im Jahre 1883 in Straßburg erschien und so starken Abfall fand, daß sie zwei Jahre später in einer zweiten Auflage herausgegeben wurde. Schon im Jahre 1869 trat Baumgart in die badiische Kammer ein, in der er zur Zentrumspartei gehörte, jedoch von Anfang zu den gemäßigten Elementen desselben zählte. Einige Jahre blieb er dem Landtag fern, wurde jedoch im Jahre 1879 wieder in denselben gewählt. Durch seine Schrift „Plus ultra“, sowie durch seine Bemühungen, den Frieden zwischen dem Staat und der Kirche herzustellen, zog er sich die Feindschaft des extremen Ultramontanismus zu. Er trat aus der Kammer aus und blieb fernerehin das politische Leben, wenigstens trat er politisch nicht mehr in die Oeffentlichkeit. Reinhold Baumgart's politisches Wirken bildet eines der interessantesten Kapitel der badi'schen Geschichte. Mit ihm scheidet wieder ein Vertreter der vorläufigen Richtung im badi'schen Zentrum, als deren Hauptpräsentant jetzt noch Delan Lender zu betrachten ist. Der Verbliebene war als Schriftsteller ganz hervorragend thätig. Eine große Anzahl Bücher rechtspolitischen sowie rein geschichtlichen Inhalts sind aus seiner gewandten geistreichen Feder geflossen. Es würde zu weit führen, wollten wir all die Werke hier aufzählen, deren Verfasser Reinhold Baumgart ist. Der Verbliebene war eine Zierde des badi'schen Richterstandes.

einen — Papierkorb, und ein Wirt mit seiner Hand gibt dem Mädchen die Erlaubnis, sich zurückzuziehen; auf die Namenszettelchen der ihm gefallenden Damen schreibt der Kaiser eine Klassifikation, die drei Stufen umfasst, und legt das Täfelchen bei Seite. Nach Durchsichtung dieser Examinata werden die Prinzessinnen alle aus dem Palaste geführt und nach vier Tagen erhalten jene, die nicht gefallen haben, die Erlaubnis zur Heimkehr. Die übrig gebliebenen werden noch strenger und vierzehn Monate währenden Prüfungen unterworfen, bei denen die Beurtheilung des Charakters der Kandidatinnen durch die Kaiserin-Wittne die Hauptrolle spielt. Erst nach diesen Monaten werden aus 16 übrig gebliebenen Kandidatinnen drei gewählt, von denen die eine legitime Kaiserin, die beiden anderen Nebenfrauen werden. Die Gemahlin des Kaisers Kwangju, die aus Shanghai stammt, war bei ihrer Vermählung 18 Jahre, die beiden Nebenfraueninnen, zwei Schwwestern, 19 und 16 Jahre alt. Die Vermählungsfeierlichkeiten wurden mit einer noch nie dagewesenen Pracht vollzogen und sollen nahezu 20 Millionen Gulden verschlungen haben.

Mit dem gleichen Prunk vollzog sich am 4. März 1889 die Ceremonie des formellen Regierungsantritts des Kaisers Kwangju. Wie alle Feierlichkeiten am chinesischen Hofe, ging auch diese innerhalb der geschlossenen Palastthür vor sich und kein einziger chinesischer Unterthan war ihr Zeuge. Thatsächlich haben mit Ausnahme der Bewohner des kaiserlichen Palastes — es sind dies nur Eunuchen und Weiber — bloß die höchsten Würdenträger des Reiches und ausländische Gesandte Gelegenheit, den Kaiser von Angesicht zu Angesicht zu sehen. (Schluß folgt.)

Sammlung für die Buren.

Es gingen bei und ein: Transport Nr. 2034.22 Von einer Aidgesellschaft in Osthaus zum „Engel“ in Rederau unter Befugung folgendes Bedichtet: „Jern im Süd des dantien Erdtheils — Afrika ist er benannt — Hübet uns diecht und um die Freiheit — Transvaal den Bergweilungstempel.“ — „England's Selbstverleugung droben — Ihm zu rathen dieses Gut — Alle Buren sich erobren — Kämpfen jetzt mit Todsmuth.“ G. P. W. Nr. 8. — Zusammen Nr. 2051.42.

Zur Entgegennahme von Gaben ist stets gerne bereit Die Exped. des „General-Anzeiger“ (Mannh. Journal).

Verein deutscher Kampfgenossen. Am Sonntag, 22. d. M., fand die diesjährige 16. ordentliche Generalversammlung in der Gambriuhalle statt. Der 1. Vorsitzende, Kamerad Heinrich, dankte den Mitgliedern für den zahlreichen Besuch, sprach seine Freude über das Willen und Gelingen des Vereins aus und widmete dem Großherzog, dem hohen Protektor des Vereins, ein vereinfachtes Hoch, in das alle Kameraden mit einstimmten. Alsdann gedachte der Redner der in dem verflohenen Jahre dahingeshiedenen Kameraden und forderte die Versammlung auf, sich zu Ehren derselben von ihren Eiden zu erheben. Schriftführer Kamerad Christ verlas das Protokoll und Kamerad Reichgauer legte alsdann den Rechnungsführerbericht aus dem verflohenen Jahre vor. Darnach betragen die Einnahmen M. 4636.31 und die Ausgaben M. 4453.59, bleibt ein Ueberschuß von M. 182.72. An Reantentente wurden ausbezahlt M. 1755 und an Steuerrente M. 800. Das Gesamtvermögen des Vereins beträgt M. 7877.40. Die Zahl der Mitglieder bezifferte sich auf 290. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Aug. Henrich, 1. Vorsitzender, Joh. Sal. Reinhardt, 2. Vorsitzender, als Rechnung wurde Joh. Gutmann, als Schriftführer Joh. W. Christ und als Beisitzer Jakob Hagedel, Joh. Kasner, Franz Alois Th. Wirt, Friedrich Karl Hegel, Jos. Sieber, Martin Schübler, Anton Bohm und Josef Zimmermann gewählt; als Kreisoren Joh. Volner, Anton L. Aiber und H. Schmitt. Die Wünsche dem Verein noch ferneres Wüthen und Weideln.

Der Brandstaden, welcher durch die Feuersbrunst bei Firma Hoffstätter & Co. entstanden ist, beziffert sich, wie nunmehr festgestellt ist, auf circa 200 000 M. Davon entfallen auf die Firma Josef Fuld 90 000 M., auf die Firma Hoffstätter & Co. 60 000 M., auf die Firma L. A. Raab 50 000 M.

Aus dem Großherzogthum.

Pforzheim, 28. Jan. Von hohem Interesse für die hiesige Fabrikantenwelt dürfte die Nachricht sein, daß man in Oesterreich-Ungarn mit dem Plan umgeht, bei der Regierung dahin zu wirken, daß die Einfuhrzölle für Gold-, Juwelier- und Bijouteriewaaren beträchtlich erhöht werden. Eine harte Agitation in den Kreisen der österreichischen sowie der ungarischen Goldwaaren-Industriellen für eine Erhöhung der Zölle von 3 auf 15 Prozent macht sich geltend. Schon früher wurden an den seinerzeitigen Finanzminister Dr. Rajk kurz vor seinem Austritt eine diesbezügliche Petition gerichtet, doch konnte bisher in Folge des seit her in Bezug auf die Leitung des Finanzministeriums bestehenden provisorischen Zustandes dieser Frage nicht näher getreten werden. Jetzt zweifelt man nicht mehr in eingemeißelten Kreisen, denn das Goldschmiedgewerbe in Oesterreich ist fabrikmäßig geworden und in der Handelskammer vertreten. Räre diese Zoll-erhöhung zu Stande, so würde dies unserer Stadt empfindlich schaden, denn Oesterreich-Ungarn ist ein Hauptabsatzgebiet unserer Erzeugnisse.

Stimmen aus dem Publikum.

Wirkende im Lindenhof-Stadttheil. Bezugsnehmend auf die beiden zutreffenden Artikel Ihres werthen Blattes unter der Rubrik „Stimmen aus dem Publikum“ vom 26. d. M.: Die Unterhaltung des Contardplatzes und die Vertheilung des Lindenhof-Stadttheils (Mittags- und Abendblatt Nr. 43 und 44), erlaube ich mir Schreiber dieses als Dritter im Bunde — denn alle guten Dinge sind drei — die verehrlichen Stadtväter auf einen dritten sehr starken Verkehrgang aufmerksam zu machen, dessen Nützlichkeit Behandlung je eher desto besser ein Ende erfahren sollte. Es ist dies der Zugang aus der Lindenhof- und Wellenstraße nach dem Oskende des hiesigen Hauptbahnhofs gelegenen Fußweg, welcher die beiden Stadttheile über die Gleise des Bahnhofs verbindet. Wer bei dem gegenwärtigen Regenwetter — Rieder ober Hoch, da der Wegübergang vom gemeinsamen Publikum in stürzender Weise benutzt wird — die weite auch nur kurze Strecke in einem soß bis zum Knöchel reichenden Straßenschmutz wohl oder übel durchwaten muß, das seine große Freude, ganz abgesehen davon, daß auch der Sieg selbst durch den von der Straße hinausgetragenen Schmutz in seiner ganzen Ausdehnung sich monommal in solchem Zustand befindet, daß man denselben nur als Fortsetzung des betreffenden Straßüberganges betrachten dürfte. Abhilfe ist hier sehr dringend nöthig. Mögen die Passanten möglichst bald durch den erfreulichen Anblick einer Ueberspflasterung der verschiedenen Straßübergänge von der Fürsorge unserer Stadtväter zu ihren „Stadtvätern“ überzogen werden.

Wäre dieser Hülfers noch Besserung der „Stadtreinlichkeit“ in ungekehrter Weise nach dem Sprichwort: „Was lange währt, wird endlich gut“ seine Schuldigkeit gethan haben. Die einst nöthig fallende Mitwirkung einer wechsl. Bahnbehörde dürfte in angeregter Sache kaum zum Hinderniß werden.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Aus Kaiserlanten wird uns geschrieben: In einem Saal im „Karlberg Saal“ am Samstag Abend trat eine junge Mannheimer Pianistin, Fräulein Ella Jonas, zum ersten Male vor das hiesige Publikum und erzielte mit ihren Leistungen einen durchschlagenden Erfolg. Sie spielte Kompositionen von Weber, Mendelssohn, Chopin, Schumann und Grieg mit vielem Verstande und edler Auffassung und wurde auch den hohen technischen Anforderungen in jeder Weise gerecht. Ramentlich kamen das Rondo capriccioso von Mendelssohn und das Scherzo B-moll von Chopin vortrefflich zu Gehör. In den Kantabile-Stellen der Mendelssohn'schen Kompositionen scheint das Instrument unter den Händen des jugendlichen Fräuleins förmlich zu fliegen.

„Schind und Jan“, Berhart Hauptmann's neuestes Bühnenwerk, hat als Hauptpersonen zwei lustige Bogabunden. Eine des Weges kommende fürstliche Gesellschaft, die von Stasheit und Laune besetzt ist, verfehlt Schind in einen Zustand, in dem er den Sinn für die Dinge und Personen seines Standes verliert. Schind wird ins Schloß geschickt und erwacht hier als Fürst. Der Bogabund glaubt schließlich selbst an die Wahrheit seiner jetzigen Verhältnisse, umformt mehr, als sein Kumpen Jan, bestochen von der fürstlichen Diabell, sprechen werden reich beschenkt und mit der schließlichen Diabell, wenn sie Schind's zur Arbeit empfinden sollten, sie Hüfte und Knie als Geschenk erhalten sollten. Nach dieser Inhaltsangabe scheint eine gewisse Stoffformwandlung mit dem bekannten Lustspiel „Der verwunschene Prinz“ von J. v. Bloch vorhanden zu sein, ohne daß dabei von einer Anlehnung die Rede sein kann. Hauptmann's neues Stück Bogabunden werden von den Herren Wittner und Fischer, die Rolle des Fürsten wird von Herrn Otto Sommerhoff gegeben werden.

Rundschau. Die Berliner Secession ist ein Werk und ein Werk des freien Bühnen zu einem anständigen Theater umgestaltet. Sie wird sich im Alexanderplatz-Theater als feste Unternehmung etablieren. — Das Volkstheater vertheilt die auf Sonntag im Vesting-Theater angelegte Premiere des Einakters „Der Aufseher“ von

Der Burenkrieg.

London, 29. Jan. Die in Pariser Blättern verbreitete Nachricht, Truppen der südafrikanischen Respublik...

London, 28. Jan. Die Depesche des Generals Buller vom 27. ds. lautet ausführlicher wie folgt: Am 20. Januar trieb General Warren den Feind zurück...

London, 29. Jan. Die „Times“ schreibt: General Roberts müsse entscheiden, ob es möglich und klug sei, weitere Versuche zur Befreiung von Ladysmith zu unternehmen...

Deutscher Reichstag.

(137. Sitzung vom 29. Januar.)

Am Bundesrathliche die Staatssekretäre Thielmann und Poddielesky.

Präsident Graf Ballesrem theilt ein Danktelegramm der Kaiserin wegen Antheilnahme des Hauses beim Hinscheiden der Herzogin-Mutter mit.

Staatssekretär v. Poddielesky: Die Beforgnis, daß die Baarmittel der Reichsbank verhärtet werden könnten, trifft nicht zu.

Comp (Reichspartei) drückt seine Ermuthung darüber aus, daß der Postschadower nicht gleich gefällig geregelt werden solle.

Staatssekretär v. Poddielesky meint, es würde inderthatlich schwer sein, den niedrigen Satz später zu erhöhen.

zu bringen. Nur die Praxis könne erkennen lassen, was nothwendig für die Interessen des Landes sei.

Singer (Woz.) bezweifelt, daß nur ideale Gründe für die Reichspostverwaltung maßgebend seien.

Mannheimer Handelsblatt.

Ludwigshafen a. Rh., 29. Jan. Die Betriebsrechnung der Pfälzischen Eisenbahnen für das Jahr 1899 schließt ab mit einem Ueberschuß von M. 1759440.

Table with 2 columns: Commodity (e.g., Weizen, Roggen, Gerste) and Price/Value. Includes sub-sections for 'Kornpreise' and 'Wollpreise'.

Wien, 29. Jan. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Zum Präsidenten des Einigungsamtes in D. Strau wurde der Reichspräsident abgeordnet.

Wien, 29. Jan. Der „Sonn- und Montagszeitung“ zufolge, fanden gestern im Laufe des Tages in Prag Kundgebungen zu Gunsten der Wiederwahl des Bürgermeisters Pödlinger statt.

Paris, 29. Jan. Die „Hamburg-Amerika“ meldet für die Damer der Weltausstellung in Paris die beiden Hotels du Palais und Columbia, deren Zimmer den mit den Schiffen der Hamburg-Amerika-Linie zum Besuche der Weltausstellung nach Europa kommenden Reisenden ohne Preisauflage zur Verfügung gestellt werden sollen.

Paris, 28. Jan. Senatwahlen. Die Zahl der erforderlichen Stichwahlen beträgt 27. Die Lage ist augenblicklich folgende: Die Zahl der Siege der Republikaner aller Schattirungen ist dieselbe geblieben.

Le Mans, 28. Jan. In einer auf die Senatorenwahl im Sarthe-Departement folgenden Versammlung betonten Cailan und Destournelles die Wichtigkeit der Niederlage, welche der Nationalismus in der Person Cavagnac, der die unterlegene Liste desselben patronisirt hatte, erlitten hat.

London, 29. Jan. Die „Times“ meldet aus Sanghai vom 28. ds.: Eine einheimische Gesellschaft, welche offenkundig die Fortschrittspartei in Schansi und anderen Provinzen vertritt, sucht durch die Willkürgeellschaften und auf anderen Wegen die Unterstützung der englischen Regierung zu Gunsten des Kaisers Kwangju zu erlangen.

Petersburg, 29. Jan. Die „Nowosti“ messen dem Thronwechsel in China nur wenig Bedeutung zu, da es sich nur um die Abdankung eines Schattens handelt.

Wien, 29. Jan. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Es gäbe in China keine politische Strömung, die Widerstand gegen Rußland sich zur Aufgabe gemacht habe.

Wien, 29. Jan. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Es gäbe in China keine politische Strömung, die Widerstand gegen Rußland sich zur Aufgabe gemacht habe.

Wien, 29. Jan. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Es gäbe in China keine politische Strömung, die Widerstand gegen Rußland sich zur Aufgabe gemacht habe.

Schiffahrts-Nachrichten.

Mannheimer Hafen-Verkehr vom 29. Januar. Hafenbezug VI.

Table with 4 columns: Ship Name, Origin, Arrival, and Agent. Lists various ships and their destinations.

Reberische Schiffahrts-Nachrichten. New-Do. l. 28. Januar. (Drahtbericht der Amerikan Linie Southampton).

Philadelphia, 27. Januar. (Drahtbericht der Red-Star-Linie Antwerpen). Der Dampfer „Rederland“, am 11. Januar ab Antwerpen, ist heute wohlbehalten hier eingetroffen.

Siegfr. Rosenhain, Juwelier, C 1, 5, Breitstrasse. empfiehlt sich im Modernisieren, Umfassen von Brillen, Stäben und Berechnungen gratis, gewissenhafte Ausführung.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

(Privat-Telegramme des „General-Anzeigers“.)

Berlin, 29. Jan. Der „Germania“ zufolge trat in dem Beirathen des Dr. Lieber gestern eine entscheidende Besserung ein, welche heute Fortschritte machte.

Berlin, 29. Jan. Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ schreibt: Da mit Rücksicht auf die am künftigen Hof herrschende tiefe Trauer jede persönliche Beglückwünschung des Kaisers zu seinem Geburtstag ausgeschlossen war, hat der Reichstag...

Wien, 29. Jan. Die „Neue Freie Presse“ meldet: Zum Präsidenten des Einigungsamtes in D. Strau wurde der Reichspräsident abgeordnet.

Wien, 29. Jan. Der „Sonn- und Montagszeitung“ zufolge, fanden gestern im Laufe des Tages in Prag Kundgebungen zu Gunsten der Wiederwahl des Bürgermeisters Pödlinger statt.

Paris, 29. Jan. Die „Hamburg-Amerika“ meldet für die Damer der Weltausstellung in Paris die beiden Hotels du Palais und Columbia, deren Zimmer den mit den Schiffen der Hamburg-Amerika-Linie zum Besuche der Weltausstellung nach Europa kommenden Reisenden ohne Preisauflage zur Verfügung gestellt werden sollen.

Paris, 28. Jan. Senatwahlen. Die Zahl der erforderlichen Stichwahlen beträgt 27. Die Lage ist augenblicklich folgende: Die Zahl der Siege der Republikaner aller Schattirungen ist dieselbe geblieben.

Le Mans, 28. Jan. In einer auf die Senatorenwahl im Sarthe-Departement folgenden Versammlung betonten Cailan und Destournelles die Wichtigkeit der Niederlage, welche der Nationalismus in der Person Cavagnac, der die unterlegene Liste desselben patronisirt hatte, erlitten hat.

London, 29. Jan. Die „Times“ meldet aus Sanghai vom 28. ds.: Eine einheimische Gesellschaft, welche offenkundig die Fortschrittspartei in Schansi und anderen Provinzen vertritt, sucht durch die Willkürgeellschaften und auf anderen Wegen die Unterstützung der englischen Regierung zu Gunsten des Kaisers Kwangju zu erlangen.

Petersburg, 29. Jan. Die „Nowosti“ messen dem Thronwechsel in China nur wenig Bedeutung zu, da es sich nur um die Abdankung eines Schattens handelt.

Wien, 29. Jan. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Es gäbe in China keine politische Strömung, die Widerstand gegen Rußland sich zur Aufgabe gemacht habe.

Wien, 29. Jan. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Es gäbe in China keine politische Strömung, die Widerstand gegen Rußland sich zur Aufgabe gemacht habe.

Wien, 29. Jan. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Es gäbe in China keine politische Strömung, die Widerstand gegen Rußland sich zur Aufgabe gemacht habe.

Wien, 29. Jan. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Es gäbe in China keine politische Strömung, die Widerstand gegen Rußland sich zur Aufgabe gemacht habe.

Wien, 29. Jan. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Es gäbe in China keine politische Strömung, die Widerstand gegen Rußland sich zur Aufgabe gemacht habe.

Wien, 29. Jan. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Es gäbe in China keine politische Strömung, die Widerstand gegen Rußland sich zur Aufgabe gemacht habe.

Wien, 29. Jan. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Es gäbe in China keine politische Strömung, die Widerstand gegen Rußland sich zur Aufgabe gemacht habe.

Wien, 29. Jan. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Es gäbe in China keine politische Strömung, die Widerstand gegen Rußland sich zur Aufgabe gemacht habe.

Wien, 29. Jan. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Es gäbe in China keine politische Strömung, die Widerstand gegen Rußland sich zur Aufgabe gemacht habe.

Wien, 29. Jan. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Es gäbe in China keine politische Strömung, die Widerstand gegen Rußland sich zur Aufgabe gemacht habe.

Wien, 29. Jan. Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Es gäbe in China keine politische Strömung, die Widerstand gegen Rußland sich zur Aufgabe gemacht habe.

